

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe September 2024

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **'Nie wieder Krieg!': Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität**
- **Reinhold Beckmann: Anne und ihre Brüder**
- **Leo Ensel: Für ein "Neues Denken 2.0"! – ...**
- **Leo Ensel: Nachrüstung 2.0 im Handstreich - oder: ...!**
- **B. Trautvetter: Atomkrieg aus Versehen und Demokratie**
- **TransitionNews: USA gefährden Deutschland: Neue US-Raketen in Deutschland seit Jahren geplant**
- **Norbert Häring: Ein von Politikern und Medien ausgesparter Grund für den Krieg in der Ukraine**
- **Chr. Müller: Deutschland: Mehrheit ist für Verhandlungen**
- **René Zittlau: Deutschland, Deine Stunde Null?**
- **Multipolar: Fachjuristen: Behördliche Kontrolle digitaler Medien ist "verfassungswidrig"**
- **TransitionNews: "Schlag gegen die Meinungsfreiheit": Kritik an Verhaftung von Telegram-Gründer Durow**
- **Andrew Lowenthal: Die Rolle der NGOs "im Kampf gegen Desinformation" – Ein Insiderbericht**
- **Zayas: Menschenrechte und Israel, USA, NATO u. NGOs**
- **Richard Hardigan: Das wilde Westjordanland: gesetzlose Siedler terrorisieren palästinensische Bauern**
- **Zeitgeschehen im Fokus: "Stopp den deutschen Waffenlieferungen an Israel"**
- **Pascal Lottaz: Israel ist aufgefordert, sich an das Völkerrecht zu halten**
- **M. Klöckner: Viele Covid-Zwangsmaßnahmen schädlich**
- **Einrichtungsbezogene Impfpflicht verfassungswidrig**

**Ein Atomkrieg kennt keinen Gewinner, sondern ausschließlich Verlierer.
Entweder wir schaffen die Atombombe ab oder die Atombombe schafft uns ab!
Wer den Frieden will, der muss – in Abwandlung des klassischen lateinischen
Sprichworts – den Frieden vorbereiten.**

Editorial

Am 03. Oktober, den Tag der Deutschen Einheit, wird in Berlin eine große **Friedensdemonstration** stattfinden. Die Initiative "Nie wieder Krieg" und andere Organisationen rufen dazu auf und formulieren differenzierte Forderungen für Frieden, Abrüstung und Demokratie. Eine bewegende Lektüre dazu ist das Buch "**Aenne und ihre Brüder**" von Reinhold Beckmann, in dem persönliche Schicksale seiner Familie vor und während dem Zweiten Weltkrieg geschildert werden. Leo Ensel erinnert in zwei Beiträgen an die Gefahren eines wieder salonfähig werdenden Atomkrieges sowie daran, dass unser Kanzler seit 2022 **von den weitreichenden Kriegsvorbereitungen der USA Kenntnis** haben musste, die Deutschland in große Gefahr bringen können. Bernhard Trautvetter kritisiert das als undemokratisch, auch wenn der wissenschaftliche Dienst des Bundestages dazu seine Zustimmung ausgedrückt hat. Und auch Wolfgang Lieb kritisiert die seit 2021 existierenden **Stationierungspläne für neue US-Raketen**. Hintergrund mag wohl das Interesse an Rohstoffen in der Ostukraine sein, die laut Norbert Häring ein tieferer Grund für den Ukrainekrieg sind.

Mindestens die Hälfte des deutschen Volkes ist laut einer von Christian Müller zitierten Umfrage **für Verhandlungen im Ukrainekrieg** und gegen weitere deutsche Waffenlieferungen. Das zeigt, wie weit sich die öffentliche Meinung und die politische Elite voneinander entfernt haben. René Zittlau verweist dazu auf den Abbau sozialer Leistungen und vor allem auf die Medien bzw. unkritischen Journalismus. So äußern Fachjuristen Bedenken, dass der seit 2020 geltende **Medienstaatsvertrag** zur Kontrolle digitaler Medien wohl verfassungswidrig sei. Auch die Verhaftung des Telegram-Gründers Pawel Durow zeigt die **Einschränkung der Meinungsfreiheit** auf.

Andrew Lowenthal gibt einen Insiderbericht zum Thema **Desinformation in den Medien** und zu der Verwirrung, die selbst unter Aktivisten, die sich für Aufklärer halten, herrscht. Alfred de Zayas stellt dar, dass viele, bzw. vor allem die größeren und für Menschenrechte eintretenden NGOs, inzwischen von Geheimdiensten unterwandert seien und erläutert, wie das Thema Menschen- und Völkerrecht auch im Zusammenhang mit dem **Krieg in Palästina** missbraucht wird. Richard Hardigan schildert die Verbrechen der israelischen Siedler in Palästina (Westjordanland). Shir Hever macht Vorschläge, wie man die Waffenlieferungen aus Deutschland an Israel zumindest behindern könnte. Auch Pascal Lottaz geht mit Bezug auf ein Gutachten des IGH auf die **Völkerrechtsverbrechen Israels** ein und erläutert die Verpflichtungen zu Schadensersatz und Wiedergutmachung.

Abschließend wird in zwei Beiträgen auf die **Aufarbeitung der Covid-Maßnahmen** eingegangen. Im ersten geht es um die unsachgemäßen Maßnahmen, mit denen laut einem Forscher Kinder geschädigt wurden, im zweiten um die einrichtungsbezogene Impfpflicht, die laut dem Osnabrücker Verwaltungsgericht verfassungswidrig war.

- Initiative 'Nie wieder Krieg!': **Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität**

Die Initiative 'Nie wieder Krieg!' (Rainer Braun, Ralf Krämer) ruft zu einer bundesweiten Friedensdemonstration am 03.10.2024 in Berlin auf. "Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen – einschließlich der Bundesregierung – immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor."

Daher fordert die Initiative: "[Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Gaza](#)! Keine Waffenlieferungen an die Ukraine, Israel und in alle Welt! Atomwaffen raus aus Deutschland und Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen! Keine Modernisierung der Atomwaffen und keine atomare Teilhabe! Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland! Friedenserziehung an Schulen und Aufrechterhaltung der Zivilklausel an Universitäten und Hochschulen! Keine Bundeswehr an Schulen und keine „neue“ Wehrpflicht! Recht auf Kriegsdienstverweigerung überall! Keine Zwangsrekrutierung! Abrüstung! Geld in Bildung, Gesundheitswesen, Klimaschutz und Infrastruktur investieren, Sozialstaat ausbauen! Keine Milliarden in die Rüstung! Demokratischen Meinungs Austausch fördern, sachliche Berichterstattung ermöglichen! Keine Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit!"

[Inhalt](#) ↑

- Reinhold Beckmann: **Aenne und ihre Brüder**

Der Ukrainekrieg macht das Buch "[Aenne und ihre Brüder – Die Geschichte meiner Mutter](#)" von Reinhold Beckmann aktuell. Ihre Mutter starb, als Aenne noch ein Baby war. Ihre vier Brüder sind alle im Krieg gefallen. Anders als viele ihrer Generation hat Aenne über diese Zeit nie geschwiegen. Ihre Brüder und Eltern blieben in Beckmanns Familie immer gegenwärtig, in Gesprächen, Fotos und Erinnerungen. Udo Lindenberg sagt zu dem sehr lebendigen und fesselnden Buch: "Das Buch ist so berührend, weil es diese vier jungen Leben so sichtbar macht. Als ob es gestern gewesen wäre. Ja, es war gestern – und ist heute leider wieder so!"

[Reinhold Beckmann](#), Jg. 1956, ist ein deutscher Fernsehmoderator, Fußballkommentator, TV-Journalist, Autor und Musiker. Er moderierte in der ARD zwei Jahrzehnte lang die Bundesliga-Sportschau und diskutierte in der wöchentlichen Talksendung Beckmann politische und gesellschaftlich relevante Themen. Mit seiner Initiative 'NestWerk e.V.' setzt er sich für benachteiligte Kinder und Jugendliche in strukturschwachen Stadtteilen Hamburgs ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Leo Ensel: **Für ein "Neues Denken 2.0"! – Fast acht Jahrzehnte nach Hiroshima werden Atomwaffen wieder salonfähig**

Als am 06.08.1945 die erste Atombombe Hiroshima zerstörte, lernte die Welt, dass die Menschheit als ganze tötbar ist. Nach Leo Ensel hat diese [Erkenntnis, dass es um das Überleben der Menschheit als Gattung geht](#), Jahrzehnte später dazu geführt, im Rahmen eines "Neuen Denkens" Konsequenzen für das politische Handeln zu ziehen: In Westeuropa postulierte die Friedensbewegung mit der Forderung "Einer muss anfangen, aufzuhören!" den Ausstieg aus der Logik des Wettrüstens; im Osten trat Michail Gorbatschow und seine Administration für die Beseitigung der Atomwaffen, für die Reduzierung und Begrenzung der Rüstung insgesamt, ein. Gorbatschow schaffte es, gemeinsam mit Ronald Reagan zu erklären, ein Atomkrieg könne niemals

von einer Seite gewonnen, dürfe daher auch niemals begonnen werden und keine Seite dürfe militärische Vorherrschaft anstreben. Neben der Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen kam es zur Reduzierung strategischer Atomwaffen und 1990 zur Verabschiedung der 'Charta von Paris' mit ihrer Maxime: "Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden." Heute werden Atomwaffen und Wettrüsten wieder salonfähig. Ensel beklagt: "Das Abrüstungspolitische Erbe Michail Gorbatschows, die sensationelle praktische Konsequenz seines Neuen Denkens, wurde mit voller Wucht mutwillig an die Wand gefahren. Und eine kraftvolle Friedensbewegung wie in den Achtziger Jahren ist immer noch nirgends in Sicht!" Ensel mahnt mit den Worten von Albert Einstein: "Bloßes Lob des Friedens ist einfach, aber wirkungslos. Was wir brauchen, ist aktive Teilnahme am Kampf gegen den Krieg und alles, was zum Kriege führt."

Autorenfußnote: siehe Folgebeitrag (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **Leo Ensel: Nachrüstung 2.0 im Handstreich - oder: Eine neue Friedensbewegung, jetzt oder nie!**

Leo Ensel: "[Unser Bundeskanzler, der einen Eid abgelegt hat, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden](#), verkündete vergangenen 10.07.2024 im Handstreich von der Hauptstadt des Großen Bruders aus, man habe beschlossen, unser Land und dessen gesamte Bevölkerung - mehr als 84 Millionen Menschen - in Geiselhaft zu nehmen, sprich: sie im Krisen- und erst recht im Kriegsfall zur Zielscheibe gegnerischer Präventiv- oder Vergeltungsschläge zu verwandeln! (Und dies verkaufte er uns auch noch fröhlich als «Erhöhung der Sicherheit im besten Sinne». [...]) Die Überrumpelung eines ganzen Landes durch dessen gewählten Regierungschef plus Kriegstüchtigkeitsminister ist atemberaubend und präzedenzlos. Entscheidungen solcher Größenordnung können unmöglich mal schnell während eines Jubiläumsgipfels im Hinterzimmer getroffen worden sein. Sie wurden offenbar, wie der Kanzler denn auch einräumte, in aller Stille langfristig vorbereitet. Und in der Tat: Der Investigativjournalist Dirk Pohlmann hatte noch eine Woche vor dem russischen Überfall auf die Ukraine, am 24. Februar 2022, schon entsprechende US-Pläne veröffentlicht!"

[Leo Ensel](#) ist Konfliktforscher, interkultureller Trainer und Autor etlicher Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt in der Erkundung und Bewusstmachung der Bilder, die Menschen sich einerseits von sich selbst und ihrem Land und andererseits von Anderen und fremden Ländern machen und wie diese Bilder ihr Handeln bestimmen. Im Neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **Bernhard Trautvetter: Der Atomkrieg aus Versehen und die Demokratie**

Die Stationierung von Hochgeschwindigkeits-, Lenk- und Marschflugkörpern in Deutschland, die aufgrund der fehlenden Vorwarnzeit für Enthauptungsschläge geeignet sind, ist laut Bernhard Trautvetter eine Gefährdung der Sicherheit. Da die Stationierung zudem ohne vorherigen Diskurs in der Öffentlichkeit verkündet wurde, sei das [rücksichtslos und undemokratisch](#). Hierzu erinnert Trautvetter auch an ein Gutachten des 'Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags'. Demnach bedürfen laut BVerfG "Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, der Zustimmung von Bundestag und ggf. Bundesrat". Aber laut dem BVerfG liegt hier nur ein einseitiger völkerrechtlich erheblicher Akt und kein Vertrag vor. Zudem habe der Bund der NATO per Gesetz Hoheitsrechte übertragen.

[Bernhard Trautvetter](#), Jg. 1954, ehemaliger Berufsschullehrer, Friedensaktivist aus Essen, Organisator von Friedensaktivitäten; publiziert in verschiedenen Zeitungen und Foren; Träger des Düsseldorfer Friedenspreises 2018. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **TransitionNews: USA gefährden Deutschland: Neue US-Raketen in Deutschland seit Jahren geplant**

Laut dem Publizisten Wolfgang Lieb existieren die [Stationierungspläne schon seit 2021](#). Diese Stationierung geschehe im Rahmen der Verlegung der 'Multi-Domain Task Force' (MDTF) nach Deutschland und sei "Teil der Planung für eine dauerhafte Stationierung" dieser Waffen "in der Zukunft". Begründet werde das mit dem "Engagement der Vereinigten Staaten für die NATO und ihren Beitrag zur integrierten Abschreckung in Europa". Für Lieb ist die der deutschen Seite abgenötigte "gemeinsame" Erklärung "ein Beleg für die Abhängigkeit, um nicht zu sagen Unterwürfigkeit der deutschen Regierung gegenüber den USA". Laut Lieb wollte Scholz mit der "gemeinsamen Erklärung" wohl "eine neue Friedensbewegung wie vor und nach dem NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 verhindern und im Windschatten des Krieges in der Ukraine die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen stellen". Laut IMI (Informationsstelle Militarisierung) birgt eine erneute Stationierung von US-Mittelstreckenraketen "besonders für Deutschland ein erhebliches Risiko für eine weitere Eskalation mit Russland".

[TransitionNews](#) wird herausgegeben von der genossenschaftlichen Internet-Plattform 'Transition Media', die aus der 2020 von Christoph Pfluger gegründeten Datenbank Corona-Transition hervorgegangen ist. Die Plattform setzt sich für Meinungsvielfalt, Transparenz und gesellschaftskritischen Austausch ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Norbert Häring: Ein von Politikern und Medien ausgesparter Grund für den Krieg in der Ukraine**

Laut Nataliya Katser-Buchkovska, einer hochrangigen ukrainischen Strategieberaterin und ehemaligen Parlamentarierin, ist es [für den Westen wichtig, Zugang zu den ukrainischen Rohstoffen zu behalten bzw. zu bekommen](#): "Die Ukraine verfügt über ein immenses Potenzial als wichtiger globaler Lieferant kritischer Rohstoffe, die für Branchen wie Verteidigung, Hightech, Luft- und Raumfahrt und grüne Energie unerlässlich sind." Dabei spricht sie Titan, Lithium, Gallium, Beryllium, Uran, Zirkonium und Apatit an. Mit dem anstehenden Verlust der Ostukraine würde Kiew laut 'Washington Post' "dauerhaft den Zugang zu fast zwei Dritteln seiner Vorkommen [an Kohle; N.H.] verlieren. Die Ukraine würde auch unzählige andere Reserven verlieren, darunter Erdgas, Erdöl und Seltene Erden, die für bestimmte Hightech-Komponenten unerlässlich sind und Westeuropa bei der Suche nach Alternativen zu Importen aus Russland und China behindern könnten." Für Norbert Häring ist davon auszugehen, dass "der Kampf um die Kontrolle über Rohstoffe und Rohstoffwege eine wichtige Rolle spielt, wenn mit Wucht moralische Gründe für das gegenseitige Morden und die Unterstützung dafür angeführt werden".

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Müller: **Umfrage in Deutschland: Die Mehrheit ist für Verhandlungen**

Nicht alle Deutschen sind mit der antirussischen und kriegshetzerischen Politik ihrer Regierung einverstanden. Im Gegenteil: Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung hat in einer repräsentativen INSA-Umfrage ihre Meinung bestätigt, [dass im Ukraine-Krieg verhandelt werden sollte und dass Waffenlieferungen nicht die Lösung sind](#). Die Umfrage wurde von Alice Schwarzer ('Emma') und vom 'Bündnis Sahra Wagenknecht' (BSW) in Auftrag gegeben. Laut der Umfrage sind 68% für Friedensverhandlungen, 48% gegen eine Taurus-Lieferung, 46% beklagen mangelnde Diplomatie und 45% fürchten Krieg in Deutschland. Für 46% der Befragten hat die Bundesregierung diplomatisch nicht genug unternommen, um eine Kriegsgefahr für Deutschland abzuwenden. Die Frage "Ist es für Sie wahlentscheidend bei einer Bundestagswahl, ob eine Partei Friedensverhandlungen im Russland-Ukraine-Krieg fordert?" beantworteten 43% mit Ja und 43% mit Nein, wobei die Ostdeutschen mit 52% deutlicher für eine Forderung zu Friedensverhandlungen waren.

Christian Müller, Jg. 1944, studierte Geschichte, Staatsrecht und Betriebswirtschaft; seit 2010 unabhängiger Journalist und Redakteur bei infosperber.ch bis 5.03.2022, danach initiiert er die Website globalbridge.ch. Müller setzt sich dafür ein, dass Demokratie auch in internationalen Gremien Standard wird. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- René Zittlau: **Deutschland, Deine Stunde Null?**

René Zittlau analysiert den Zustand der Bundesrepublik Deutschland in allen Teilaspekten und stellt dann fest: Die politische Klasse Deutschlands "entscheidet seit langer Zeit gegen die Interessen des eigenen Volkes und nimmt seine Grundverantwortungen nicht wahr". Vielmehr tun die Regierenden "nach wie vor nichts, das Land und die Gesellschaft aus der Sackgasse herauszuholen, in die sie beide geführt haben. Es ist [erschreckend und bitter zu erleben, wie tunnelblickartig amerikanischen Interessen jeder nur mögliche Vorrang eingeräumt wird](#)." Zittlau legt das an vielen Beispielen insbesondere der Daseinsfürsorge dar. Ausführlich geht er dabei auf den katastrophalen Zustand der Deutschen Bahn ein. Er beklagt den kontinuierlichen Rückbau des Gesundheitssystems. Er legt die wachsende Altersarmut dar, die mit einem Rentensystem, à la Österreich hätte vermieden werden können. Hinsichtlich Bildung und Kultur stellt Zittlau fest, dass Deutschland den Ansprüchen von Humboldt schon lange nicht mehr genügt, den Ansprüchen ein grundlegendes Wissen für eine an die Schule anschließende Berufsausbildung ebenso wenig. Es werde nicht nur nichts für die Fortsetzung einer Kultur der alten Meister getan, sondern es finde ein bewusstes Umschreiben von historischen literarischen Werken, das Canceln von Kultur im Sinne statt. Auch werde versucht, die Geschichte umzuschreiben. "Um sich [des] historischen Erbes würdig zu erweisen, um möglicherweise diesem Niveau einmal wieder nahezukommen, bedarf es gewaltiger Anstrengungen auf allen Ebenen der Gesellschaft."

Bzgl. der Medien stellt er fest, dass es einen kritischen Journalismus nicht mehr gebe und die Medien ihrer "großen Verantwortung für den Erwerb von Wissen und die Ausprägung oder Nichtausprägung von Tugenden und Verhaltensweisen" nicht mehr nachkommen. Die deutsche Wirtschaft sieht Zittlau vor von der unqualifizierten Regierung verursachten Herausforderungen, die zum Niedergang, zur Abwanderung und damit zum Verlust des Kerns der deutschen Industrie (Chemie, Automobil), aber auch zum Verlust des hohen Ansehens in der Welt führe. Beim deutschen Militär sieht er vor allem Befehlsempfänger der USA. "Von einer Beurteilung der Lage [im Ukraine-Konflikt], die auf Diplomatie, Ausgleich, Deeskalation als Mittel des Friedenserhalts setzt, ist weit und breit keine Spur." "Dass die heutige Politik ihren verfassungsmäßigen Aufgaben in immer schlechterer Qualität nachkommt", und "die sich daraus ergebende Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist für jeden spürbar". Die unzureichende Politik ist nach Zittlau aber nicht

verwunderlich, wenn man sieht, dass die Politiker nicht aufgrund ihrer Qualifikation, sondern aufgrund ihres Ansehens in der jeweiligen Partei in die jeweilige Führungsposition kommen. "Die Amtsführung der gewählten Abgeordneten entspricht dem Prinzip des Machterhalts." Daher werde der jeweilige Auserwählte "die Interessen derer in den Vordergrund stellen, die ihm den Weg bereiteten. Das sind die Partei und deren Hintermänner." Dem Machterhalt diene u.a. auch, gegen Oppositionelle energisch vorzugehen, ja diese notfalls zu töten – was klar im Widerspruch zum Grundgesetz stehe. Zittlau sieht das Land von einer Bundesregierung "geführt, die national und international weithin als die inkompetenteste seit 1949 angesehen wird".

Die Redaktion findet es schade, dass Zittlau auf die alternativen, kritischen Medien nicht eingeht. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

● Multipolar: Fachjuristen: Behördliche Kontrolle digitaler Medien ist "verfassungswidrig"

Der Medienstaatsvertrag trat im November 2020 nach der Annahme durch die Landesparlamente der Bundesländer in Kraft und ersetzte den bis dahin geltenden Rundfunkstaatsvertrag. Juristische Experten beurteilen die Kontrollrechte, die Paragraph 19 des Medienstaatsvertrages den deutschen Landesmedienanstalten einräumt, als rechtswidrig. Die journalistische Sorgfaltspflicht ist "weder für sich genommen rechtlich sanktionierbar" noch darf sie durch eine "ordnungsbehördliche Aufsicht über die Redaktionen überwacht" werden, schreibt der Medienrechtler Christoph Fiedler im juristischen Standardwerk "Gersdorf/Paal: Medien- und Informationsrecht". Das Eingriffsrecht der Landesmedienanstalten über die Sorgfaltspflicht sei eine "unverhältnismäßige Beschränkung redaktioneller Presse- und Medienfreiheit" und deshalb mit Artikel 5 des Grundgesetzes ("Eine Zensur findet nicht statt") "unvereinbar und verfassungswidrig", erläutert er. Durch die Gesetzesänderung könne der Staat "problemlos die Kontrolle über die Berichterstattung zu beliebigen Geschehnissen übernehmen" und jede Redaktion aktiv bekämpfen, die über "umstrittene Themen aus Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft" berichtet. Es handle sich um einen "[neuartigen staatlichen Angriff auf die Pressefreiheit](#)", der weit über bisherige rechtliche "Äußerungsschranken" hinausgeht, erklärt Fiedler weiter. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 2020 habe es "selbstverständlich" keinerlei "behördliche Aufsicht über die journalistische Sorgfaltspflicht" gegeben.

Der Münchener Medienrechtler Wolfgang Lent zweifelt ebenfalls daran, dass Paragraph 19 des Medienstaatsvertrags verfassungsgemäß ist. Es würde die Kontrollfunktion gegenüber dem Staat ausgehebelt, wenn die Journalisten bei ihrer Recherche Rücksicht auf Staatsbelange nehmen müssten. Der Medienstaatsvertrag sei mit der Pressefreiheit nicht vereinbar.

Auch der Kölner Fachanwalt Markus Kompa kritisiert die Vorschrift des Medienstaatsvertrages als "verfassungsrechtlich bedenklich". Es sei möglich, dass Paragraph 19 als "Instrument der Repression" genutzt werde. Die Vorschrift könne beispielsweise als "staatliche Sperrverfügung gegen Blogger" verstanden werden, erläutert der Anwalt, der in der Leitung der Landesmedienanstalten faktisch eine "staatliche Exekutive" sieht. Die Einordnung, was "wahr" sei und was nicht, obliege nun einer Behörde, die Verbote, Ordnungsgeld und Verwaltungsgebühren verfügen könne, kritisiert Kompa. Verlegerverbände hatten bereits im Dezember 2019 vor einer drohenden "staatlichen Redaktionsaufsicht" durch den neuen Medienstaatsvertrag gewarnt. Es könne zu "gefährlichen Präzedenzfällen für eine staatliche Presseaufsicht" durch die Landesmedienanstalten gegenüber Telemedien kommen.

[Paul Schreyer, Jg. 1977](#), Autor ("Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"; "[Wer regiert das Geld?](#)") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des [online-Magazins 'multipolar'](#). (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **TransitionNews: “Schlag gegen die Meinungsfreiheit“: Kritik an Verhaftung von Telegram-Gründer Durow**

Mit deutlicher Kritik reagieren Persönlichkeiten und Journalisten international auf die [Festnahme von Telegram-Gründer Pawel Durow](#). Durow wird zur Last gelegt, sich geweigert zu haben, mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Damit habe er sich an mutmaßlichen Straftaten von Telegram-Nutzern mitschuldig gemacht, indem er ihnen geholfen habe, ihre Identität vor den Behörden zu verbergen. Für Edward Snowden ist diese Verhaftung ein “Angriff auf die grundlegenden Menschenrechte der Rede und der Versammlung“. Für den russischen Juristen Ilja Remeslo ist die Verhaftung “bislang weltweit der einzige Fall einer strafrechtlichen Verfolgung des Gründers eines sozialen Netzwerks solchen Maßstabs, dessen Reichweite fast eine Million Nutzer pro Monat umfasst“. Remeslo vermutet, “dass die Franzosen nur Vollstrecker eines fremden Willens im Ausland waren“. Es gehe offensichtlich darum, “Durow zu brechen und ein außer Kontrolle geratenes soziales Netzwerk dem Willen des kollektiven Westens zu unterwerfen“.

Der freie EU-Korrespondent Eric Bonse (Blog ‘Lost in Europe’) verweist in einem Beitrag darauf, dass sich Telegram den neuen EU-Regeln für die Content-Moderation, die Kritiker als Zensur ansehen, entzogen hat. Bonse vermutet, “dass die Verhaftung mit dem Krieg um die Ukraine zu tun hat“. Telegram werde von pro-russischen Bloggern und von russischen Soldaten genutzt und bringe viele Informationen, die dem Westen nicht passen. Das gelte auch für die Vorgänge in Afrika, wo Russland u.a. Frankreich das Leben schwer mache. Zudem solle an Durow ein Beispiel statuiert werden.

Für den Wirtschaftsjournalisten Norbert Häring ist der Grund für Durows Verhaftung der gleiche wie der, “aus dem Russlands Regierung 2018 Telegram sperren ließ (aber niemand verhaftete)“. Allerdings hätten damals westliche NGOs (mit den Worten der Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa) “die russischen Behörden aufgefordert, die Arbeit von Telegram nicht länger zu behindern. Sie forderten die UNO, den Europarat, die OSZE, die EU, die USA und andere Regierungen auf, sich dem Vorgehen Russlands entgegenzustellen und die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Privatsphäre zu schützen. Sie forderten auch die Internetkonzerne auf, unangemessenen und ungesetzlichen Forderungen, die die Rechte ihrer Nutzer verletzen, entgegenzutreten.“ Der Weltwoche-Journalist Oliver Stock sieht die Festnahme Durows in einer Linie mit dem Vorgehen gegen Wikileaks-Gründer Julian Assange sowie mit den dauernden Vorwürfen gegen X-Besitzer Elon Musk.

Thomas Röper zitiert einen russischen Analysten, der wie die ‘New York Times’ davon ausgeht, dass Durows Verhaftung mit seiner [Weigerung, mit der französischen Regierung zusammenzuarbeiten](#), zu tun hat. Damit ist sie eine politische Entscheidung.

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) haben wegen der Verhaftung von Durow, der auch VAE-Staatsbürger ist, ein [10-Milliarden-Dollar-Geschäft über den Kauf von 80 Rafale-Kampffjets von Frankreich gestoppt](#).

[TransitionNews](#) wird herausgegeben von der genossenschaftlichen Internet-Plattform ‘Transition Media’, die aus der 2020 von Christoph Pfluger gegründeten Datenbank Corona-Transition hervorgegangen ist. Die Plattform setzt sich für Meinungsvielfalt, Transparenz und gesellschaftskritischen Austausch ein. (Red.)

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](#), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Peter F. Mayer](#) studierte Physik und betreibt heute den "Blog für Science & Politik" (tkp.at). Er war vorher für Medien wie den ORF, die Presse oder das 'profil' tätig, bevor er [dem Mainstream den Rücken gekehrt](#) hat. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Andrew Lowenthal: **Die Rolle der NGOs "im Kampf gegen Desinformation" – Ein Insiderbericht**

Andrew Lowenthal hat sich mehr als zwei Jahrzehnte lang beruflich für digitale Rechte eingesetzt und musste dann feststellen, wie seine Kollegen und Partnerorganisationen von der Verteidigung digitaler Rechte radikal umschwenkten und [sich dem "Kampf gegen Desinformation" verschrieben](#). In seiner Abhandlung stellt Lowenthal u.a. fest: "Desinformation gibt es natürlich, und sie muss angegangen werden. Die größten Quellen von Desinformation sind jedoch Regierungen, Unternehmen und zunehmend selbst ernannte Experten der Anti-Desinformationskampagnen, die in der Corona-Krise und vielen anderen Themen falsch lagen. Die Instrumentalisierung der Anti-Desinformation zur Zensur und Diffamierung ihrer Gegner führt genau dazu, wovor die Expertenklasse Angst hatte: einem geringeren Vertrauen in die Autorität."

Vor seiner Auseinandersetzung mit diesem "Kampf gegen Desinformation" war sich Lowenthal "nicht über den Umfang und das Ausmaß der Arbeit von Gruppen wie dem 'Atlantic Council', dem 'Aspen Institute', dem 'Center for European Policy Analysis' und Beratungsunternehmen wie 'Public Good Projects', 'Newsguard, Graphika', der 'Media Forensics Hub' an der Clemson-Universität und anderen bewusst. Noch alarmierender war, wie viel militärische und geheimdienstliche Finanzierung involviert ist, wie eng verbunden die Gruppen untereinander sind und wie stark sie sich in die Zivilgesellschaft einmischen." Lowenthal stellt die Zusammenarbeit der Gruppen dar. Er hat "auch unterschätzt, wie offen viele Organisationen sich für die Überwachung von Narrativen aussprachen, die manchmal sehr offensichtlich vom Kampf gegen Desinformation in den Bereich der Überwachung von abweichender Meinung abdriftete" – einer Überwachung, die unter Kontrolle eines philanthropischen Sektors steht, der "weitgehend in inhaltlicher Übereinstimmung mit der Regierung operiert". Besonders besorgniserregend ist für Lowenthal, dass "viele, wenn nicht die meisten der ausgebildeten Aktivisten und Intellektuellen in diesen Organisationen diesem jüngsten Umschwung gegen die Meinungsfreiheit zustimmen". Liberalen und Progressiven wie Lowenthal selbst, "die häufig die Rechte von Menschen verteidigten", würde "nicht in den Sinn zu kommen, dass eines Tages der Spieß umgedreht werden könnte". Aber: "Während Progressive wahrscheinlich glauben, dass sie gerade am längeren Hebel sitzen, glaube ich vielmehr, dass wir nur benutzt werden. Unter dem Deckmantel der sozialen Gerechtigkeit rollt die Unternehmensmaschine über uns hinweg. Die US-Regierung und ihre Verbündeten, denen klar geworden ist, dass die zukünftigen Konflikte sich im Informationsbereich abspielen, haben nach und nach die Übernahme der unabhängigen, oppositionellen Organisationen, die sie eigentlich kontrollieren sollten, geplant und durchgeführt."

[Andrew Lowenthal](#) arbeitet seit über 25 Jahren im Bereich Menschenrechte und Technologie. Fast 18 Jahre lang war er Geschäftsführer von EngageMedia, einer gemeinnützigen Organisation im Bereich digitale Rechte, offener und sicherer Technologie sowie Dokumentation im asiatisch-pazifischen Raum. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alfred de Zayas: **Menschenrechte und Israel, USA, NATO und NGOs**

Der Völkerrechtler und ehemalige UN-Mandatsträger Alfred de Zayas sieht in [Israels Handeln eine "offene Rebellion gegen das Völkerrecht](#), gegen den Internationalen Gerichtshof, gegen die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und der UN-Generalversammlung". Er erinnert auch an die

Missachtung des Völkerrechts durch die NATO in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien usw., die ohne Konsequenzen geblieben seien, oder an die Entfaltung von Kriegen in aller Welt, an die Regierungsstürze und Folter, an den Einsatz von Uran-Munition und anderen verbotenen Waffen. Dies alles "hat die Autorität der UNO und des gesamten rechtlichen Systems unterminiert". "Mitverantwortlich sind unsere Regierungen in Washington, Ottawa, London, Paris, Berlin, Madrid, Rom, Warschau, Tallinn, Riga, Vilnius, Helsinki, die dies geduldet haben. Mitverantwortlich sind die Medien, die die Verbrechen decken, verleugnen, weißwaschen oder einfach totsichweigen. Das Völkerrecht ist keine Makulatur. Seine Umsetzung verlangt die Macht des Staates. Nur eine neue Weltordnung, eine multipolare, multilaterale Machtstruktur kann die Verantwortlichen in Jerusalem, Washington, London, Paris und Berlin zur Rechenschaft ziehen."

Mit der Schaffung von Israel sei die UNO auch in der Pflicht einen lebensfähigen palästinensischen Staat entstehen zu lassen. Für die daraufhin erfolgte ethnische Säuberung sind nach de Zayas die USA, aber auch die Europäer verantwortlich, "die Israel von Anfang an mit Waffen belieferten, die gegen die Palästinenser eingesetzt wurden und bis heute werden". "Wir im Westen haben das Völkerrecht korrumpiert und eine Apologie der Verbrechen Israels betrieben. Wir sind also mitschuldig, und eines Tages werden auch unsere Politiker und Militärs zur Rechenschaft gezogen werden." Und zwar "von der globalen Mehrheit in Lateinamerika, Afrika und Asien, die unseren Imperialismus nicht mehr mittragen wollen". [...] Man kann sich durchaus vorstellen, dass die Staaten der globalen Mehrheit ein Sondertribunal ins Leben rufen, einen ad-hoc-Strafgerichtshof für Palästina, der gemäß dem Prinzip der universalen Jurisdiktion gewiss rechtsstaatlich wäre."

Nach Alfred de Zayas ist die Gefahr groß, dass es im Nahen Osten zu einem Flächenbrand kommt, wenn Israel den Libanon angreifen sollte. Mit dem Überfall am 7. Oktober habe die Hamas Kriegsverbrechen begangen, aber keinen Völkermord. In Israels Bombardierungen der Hisbollah in Libanon sieht de Zayas keine Vergeltungsmaßnahmen, sondern eine Aggression. Alfred de Zayas betont, dass Kritik an Israel keinesfalls antisemitisch sei. "Die jüdische Bevölkerung in Israel und die jüdische Bevölkerung außerhalb Israels darf nicht mit der jetzigen israelischen Regierung gleichgesetzt werden."

In einem weiteren Interview mit 'Zeitgeschehen im Fokus' setzt sich Alfred de Zayas, Völkerrechtler und ehemaliger UN-Mandatsträger, mit der Rolle der NGOs auseinander. Für ihn sind NGOs wichtig. "Die Realität aber ist, dass inzwischen viele NGOs – vor allem Menschenrechts-NGOs – unterwandert worden sind, nicht nur durch die CIA, den MI 6, den Mossad und so weiter, sondern ganz einfach und banal von den Lobbys der großen Konzerne, vor allem von militärisch-industriellen-finanziellen Interessen. [...] [Unter anderem ist es notwendig zu wissen, woher die Finanzierung der NGOs kommt.](#)" Die kleineren NGOs hält de Zayas häufig für unabhängig. Große NGOs wie 'Amnesty International' (AI) oder 'Human Rights Watch' (HRW) würden dagegen die Interessen Washingtons und Brüssels vertreten, wozu de Zayas Beispiele nennt. Solchen NGOs wirft er Doppelmoral vor, indem sie z.B. das Selbstbestimmungsrecht der Völker je nach Fall (Kosovo, Krim) unterschiedlich bewerten. Für Alfred de Zayas ist es wichtig, dass die Finanzierung und Arbeitsweise der NGOs transparent sind. Darum seien "foreign agents"-Gesetze wichtig, wie sie Russland oder Georgien unter Nachahmung des US-amerikanischen "Foreign Agents Registration Act" von 1938 beschlossen haben.

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Richard Hardigan: **Das wilde Westjordanland: gesetzlose Siedler terrorisieren palästinensische Bauern**

Richard Hardigan berichtet wie den Palästinensern in dem Weiler Susya (Süd-Hebron, Westjordanland) von den israelischen Siedlern seit 1967, aber seit dem 7. Oktober massiv verschärft zugesetzt wird, um sie mit Duldung und Unterstützung der israelischen Behörden zu vertreiben. Susya ist besonders betroffen, seit dort in den 1980er Jahren Reste einer alten Synagoge gefunden wurden. Inzwischen haben Israels Behörden etwa die Hälfte des Westjordanlands für militärische und staatliche Zwecke beschlagnahmt und auch Land für öffentliche Zwecke enteignet, obwohl sich die Bewohner dagegen wehrten. Das Dorf Susya wurde sieben Mal abgerissen, ein Wiederaufbau findet nur in Form von Hütten statt.

Im Westjordanland, in Ostjerusalem und auf den Golanhöhen leben derzeit mehr als 700'000 Siedler in 150 illegalen Siedlungen und 128 Außenposten. Im Laufe der Jahre haben Siedler Palästinenser und ihr Eigentum auf verschiedene Weise ins Visier genommen: Sie warfen Steine, legten Häuser und Geschäfte in Brand, fällten Olivenbäume, beschädigten die Wasserinfrastruktur und stahlen oder töteten Vieh. Zur Gewalt der Siedler gehörten auch Schläge und in extremen Fällen Erschießen und Töten palästinensischer Zivilisten. Außerdem haben Siedler oft privates palästinensisches Land beschlagnahmt. Israelische Soldaten und Siedler haben [seit dem 7. Oktober mehr als 600 Palästinenser im Westjordanland getötet und 15'000 Hektar Land besetzt](#). Bis heute wurden 18 palästinensische Gemeinden geräumt – aber die Palästinenser sagen, dass sie die Eigentümer des Landes sind, auf dem sie sterben und begraben werden wollen.

[Richard Hardigan](#) ist Universitätsprofessor in Kalifornien, Journalist und Aktivist. Er ist Autor von "The Other Side of the Wall", einem Buch über die internationale Solidaritätsbewegung in Palästina. Er betreibt die Website [richardhardigan.com](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Zeitgeschehen im Fokus: **“Stopp den deutschen Waffenlieferungen an Israel“**

Der aus Israel stammende Politökonom, Shir Hever, stellt fest, dass die Parteien der Bundesregierung den Völkermord im Gaza-Streifen unterstützen. Er findet es bedauerlich, dass der IGH sein Urteil zur Klage von Südafrika zu einem möglichen Völkermord an den Palästinensern noch nicht gefällt hat. Das würde es leichter machen, die deutschen Waffenlieferungen, aber auch 'dual use items', nach Israel zu unterbinden. Deutschland erfinde Unterscheidungen zwischen Kriegswaffen und anderen Waffen, um seine Lieferungen an Israel aufrechterhalten zu können. Deutschland erlaube auch die US-Waffenlieferungen über den US-Stützpunkt in Ramstein. Hever fände es eine gute Lösung, dass die Landung von Flugzeugen mit Waffen für Israel nur im Notfall auf fremden Boden zwischenlanden dürfen, dann aber die Ladung konfisziert würde, wie das ein Gesetzentwurf in Irland vorsieht. Er begrüßt es auch, dass die Türkei die Lieferung von Waffen und 'dual use items' nach Israel konsequent unterbindet. Hever erinnert daran, dass [die deutschen Waffenlieferungen weder mit deutschem noch mit internationalem Recht vereinbar](#) sind, denn einem Staat, bei dem der Verdacht besteht, schwere Kriegsverbrechen oder Völkermord zu begehen, dürfen Drittstaaten keine Waffen verkaufen; "Drittstaaten dürfen von einem solchen Staat keine Waffen kaufen"; "Drittstaaten dürfen keine Waffen an diesen Staat liefern beziehungsweise transportieren." Spanien habe immerhin zwei dieser Punkte beschlossen, kaufe allerdings immer noch Waffen aus Israel.

[Shir Hever](#), Jg. 1978, Spezialist für Wirtschaftsfragen in Israel und Palästina, untersucht ökonomische Aspekte und Auswirkungen der israelischen Besatzung der palästinensischen Territorien sowie der Kampagnen für 'Boykott, Desinvestment und Sanktionen' (BDS) gegen Israel. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Pascal Lottaz: Israel ist aufgefordert, sich an das Völkerrecht zu halten**

Der IGH (Internationaler Gerichtshof) wurde von der UN-Vollversammlung um ein "beratendes Gutachten" zur illegalen israelischen Besetzung Palästinas gebeten. Der IGH hat das Gutachten am 19.07.2024 verabschiedet ([Zugang](#) zu Pressemitteilung, Summary und Gutachten in Engl./Franz.). Das Gericht ist bezogen auf den Zustand von Israel seit 1967 besetzten Gebieten vor dem 07.10.2023 der Auffassung, "dass die fortgesetzte Präsenz des Staates Israel in den besetzten Gebieten palästinensischen Gebieten rechtswidrig ist", "dass der Staat Israel verpflichtet ist, seine unrechtmäßige Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell als möglich zu beenden", und "dass der Staat Israel verpflichtet ist, alle neuen Siedlungsaktivitäten unverzüglich einzustellen und alle Siedler aus den besetzten palästinensischen Gebieten zu evakuieren". Außerdem "dass der Staat Israel verpflichtet ist, allen betroffenen natürlichen oder juristischen Personen in den besetzten palästinensischen Gebieten den entstandenen Schaden zu ersetzen", und "dass alle Staaten verpflichtet sind, die durch die unrechtmäßige Anwesenheit des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten entstandene Situation nicht als rechtmäßig anzuerkennen und keine Hilfe oder Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der durch die fortgesetzte Anwesenheit des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffenen Situation zu leisten". Weiterhin fordert der IGH "dass internationale Organisationen, einschließlich der Vereinten Nationen, verpflichtet sind, die durch die unrechtmäßige Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten entstandene Situation nicht als rechtmäßig anzuerkennen", sowie "dass die Vereinten Nationen und insbesondere die Generalversammlung, die um diese Stellungnahme ersucht hat, sowie der Sicherheitsrat die genauen Modalitäten und weiteren Maßnahmen prüfen sollten, die erforderlich sind, um die unrechtmäßige Präsenz des Staates Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten so schnell wie möglich zu beenden".

Das Gutachten sagt auch: "Es ist Aufgabe aller Staaten, unter Beachtung der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts dafür zu sorgen, dass jede Behinderung der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes durch die rechtswidrige Anwesenheit Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten beendet wird. Darüber hinaus haben alle Vertragsstaaten der Vierten Genfer Konvention die Verpflichtung, unter Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts dafür zu sorgen, [dass Israel das humanitäre Völkerrecht, wie es in der Genfer Konvention verankert ist, einhält.](#)" Aus diesem Gutachten leitet Pascal Lottaz ab: "Der Gerichtshof delegitimiert Israel keineswegs. Es erkennt den Staat Israel an, es erkennt das Recht des Staates Israel auf Existenz an. Am Ende heißt es, Israel und Palästina sollten Seite an Seite leben." Für Lottaz bedeutet das für die Zukunft, dass sich langfristig die militärische Unterstützung für Israel abschwächen wird, "und das ist dann der Moment, in dem Israel bereit sein könnte, diese absolute Tragödie wirklich zu beenden und die Zweistaatenlösung zu akzeptieren und tatsächlich die Apartheid innerhalb des Staates und all die Ungerechtigkeiten, die begangen wurden, zu lösen".

[Pascal Lottaz](#), Jg. 1985, ist ein in Japan lebender Schweizer Akademiker. Er arbeitet in der Universität Kyoto als außerordentlicher Professor an der 'Graduate School of Law' und dem 'Hakubi Center' zu Fragen der Neutralität in den internationalen Beziehungen. Lottaz betreibt das Forschungsnetzwerk 'Neutrality Studies'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Marcus Klöckner: Viele Covid-Zwangmaßnahmen waren schädlich und eine strukturelle Kindeswohlgefährdung**

Der Kindheitsforscher Michael Klundt spricht im Interview mit Marcus Klöckner über “eine strukturelle Kindeswohlgefährdung“ aufgrund von politischen Entscheidungen während der Corona-Zeit. [Was Kindern und Jugendlichen angetan worden sei, dürfe ein Rechtsstaat nicht durchgehen lassen](#), “wenn er nicht zu einem Unrechtsstaat verkommen will“. Dazu führt Klundt an, dass z.B. die Polizei Jugendliche im Park mit dem Auto gejagt hat, Kinder von der Schaukel auf dem Spielplatz verscheucht wurden und ungeimpfte Zwölfjährige nicht mehr auf den Sportplatz durften. Klundt spricht von “Kinderrechtsverletzungen“, die “einfach nicht mehr zu leugnen sind“. “Unschuldslämmer“ in Politik und Medien würden nun beteuern: “Das haben wir nicht gewusst!“ Allerdings: “Äußerst gravierende psychosoziale Folgen der Corona-Maßnahmen waren bei den Kindern frühzeitig zu erkennen“, sagt Klundt. Der Forscher betont, dass in Deutschland Verantwortliche “elementare Schutz-, Fürsorge- und Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen verletzt“ haben.

[Marcus Klöckner](#), studierte Soziologie, Medienwissenschaften und Amerikanistik, wirkt als Journalist und Autor einen kritischen Blick auf Medien und Herrschaftsstrukturen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Multipolar: Gericht: Einrichtungsbezogene Impfpflicht verfassungswidrig**

Das Verwaltungsgericht Osnabrück beurteilt Paragraph 20a des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), so wie er Ende 2022 galt, als nicht verfassungskonform. Die Norm verletzte das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit sowie die Berufsfreiheit, teilte die [Gerichtspressestelle am 03.09.2024](#) im Anschluss an eine Verhandlung zum Fall einer Pflegehelferin mit. Die Frau hatte eine Normenkontrollklage eingereicht, nachdem der Landkreis Osnabrück im Jahr 2022 ein “Betretungs- und Tätigkeitsverbot“ gegen sie verhängt hatte, weil sie keinen “Impf- oder Genesenennachweis“ vorlegte. Das Verwaltungsgericht legte den Paragraphen erneut dem Bundesverfassungsgericht vor, obwohl Karlsruhe dessen Verfassungsmäßigkeit bestätigt hatte. Die Wiedervorlage wird mit den Inhalten der von Multipolar freigelegten RKI-Protokolle begründet, nach denen die Basis für die ursprüngliche Einschätzung durch das Bundesverfassungsgericht Empfehlungen des RKI gewesen seien. Nach Einsichtnahme in die Protokolle und Zeugenvernehmung von RKI-Präsident Schaade durch das Verwaltungsgericht sei aber “die [Unabhängigkeit der behördlichen Entscheidungsfindung in Frage zu stellen](#)“ (RKI = Robert-Koch-Institut).

[Paul Schreyer](#), Jg. 1977, Autor (“Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers“; “[Wer regiert das Geld?](#)“) und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale ‘Telepolis’, ‘NachDenkSeiten’ und ‘Global Research‘; Mitherausgeber des [online-Magazins ‘multipolar’](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑